

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage um Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerickestrasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Bei dem Ablauf des Quartals ersuchen wir unsere geehrten Leser, ihr Abonnement auf die „Danziger Zeitung“ rechtzeitig erneuern zu wollen. Man abonniert auswärts bei den nächsten Postanstalten, in Danzig in der Expedition, Gerickestrasse 2.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergrädigst geruht: Dem Appellationsgerichtsrath Johann August Ludwig Fürstenthal zu Posen den rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife zu verleihen; ferner den Geheimen Regierung- und vortragenden Rath im Ministerium des Innern, v. Winter, von der commissarischen Verwaltung des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin zu entbinden und die interimistische Verwaltung dieses Amtes dem Landrathen des Kreises Liegnitz, Otto Friedrich Carl v. Bernuth, zu übertragen.

Der Rechtsanwalt und Notar Roehler in Stuhm ist vom 15. Juli d. J. ab in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Schwerin, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden.

Der bisherige Kreisrichter Varg zu Wohlau ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Birnbaum und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Birnbaum, ernannt worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 10½ Uhr Vormittags.

Turin, 27. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer schlägt bei Gelegenheit der Discussion über das provisorische Budget der Berichterstatter die vorgängige Frage über eine politische Discussion vor, erklärend, daß die Commission das Gesetz einzig und allein vom administrativen Gesichtspunkte aus betrachtet. Der Finanzminister und der Conseil-präsident geben den Wunsch kund, daß die Kammer das Budget dissentire; sie verpflichten sich, das Budget von 1863 bei Wiedereröffnung der Sitzung zu präsentieren, sie constatiren die Schwierigkeiten, diese Frage während der gegenwärtigen Session zu erledigen. Die Vertranensfrage werde durch die Macht der Umstände hervorgerufen. Die Kammer möge ihrem Votum über das Ministerium klaren Ausdruck geben. Das Eingehen auf die Vorfrage wird darauf zurückgewiesen. Man glaubt allgemein, daß das Ministerium eine große Majorität erhalten wird.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 27. Juni. Das heutige „Dresdner Journal“ dementirt die von verschiedenen Zeitungen gebrachten Gerichte über Veränderungen im Ministerium und über Errichtung eines Handelsministeriums.

Der Kurfürst von Hessen ist gestern Abend hier eingetroffen, im Victoriahotel abgetreten und heute Mittag nach Teplitz abgereist.

Wien, 26. Juni. Die „Wiener Zeitung“ dementiert in ihrem heutigen Abendblatte die beunruhigenden Berichte anderer Zeitungen über das Befinden der Kaiserin in Rüssingen und sagt, das Befinden Ihrer Majestät sei von den Aerzten in jeder Beziehung als gebessert erachtet.

Wien, 26. Juni. Nach einem Telegramm aus Ragusa vom heutigen Tage hätte Abd i Pascha die Stellung der Montenegriner bei Spuz am 24. d. angegriffen und wäre mit einem Verluste von fast 3000 Mann zurückgeschlagen worden.

Wien, 26. Juni. Die heutigen Abendblätter der „Presse“ und „Oesterreichischen Zeitung“ enthalten ein Telegramm Dimer Paschas an den biesigen türkischen Botschafter aus Scutari vom 25. d., nach welchem Abd i Pascha die bei dem Dorfe Yenikoi am rechten Ufer der Zetta concentrierten Streitkräfte der Montenegriner geschlagen hat. Mehrere hundert Montenegriner sind auf dem Platze geblieben und zwei Kanonen erbeutet worden.

London, 27. Juni. Nach Berichten aus Newyork vom 18. d. haben die Conföderierten am 14. d. die Bundestruppen vor Richmond angegriffen, die Telegraphendrähte durchschütteten, sowie die Eisenbahn von Westpoint zerstört und sich so dann glücklich wieder zurückzogen. Einem Gerüchte zufolge sollen 65,000 Conföderierte bei Granada am Mississippi konzentriert sein. Ein Theil der Armee Beauregard's steht nahe bei Columbus. In der Nachbarschaft von Baton rouge hat ein Kampf, dessen Ausgang unbekannt ist, und bei James Island ein unentschiedenes Gefecht stattgefunden. Die Armee Fremont's soll, wie gerichtsweise verlautet, Mangel an Lebensmitteln haben und sich im Shenandoahthale in einer gefährlichen Lage befinden. General Jackson hat Verstärkungen erhalten. — Im Congress ist eine Bill durchgegangen, nach welcher der Senat in allen Territorien der Vereinigten Staaten die Sklaverei verbieten soll.

Der Wechselkours auf London war in Newyork 117½, Goldgros 6½, Baumwolle 31, Mehl fest, Weizen fest. Fonds waren niedriger.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. außerhalb 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Netemeyer, Karlsstraße 50, in Leipzig: Heinrich Höhner, in Altona: Hasselstein u. Vogler, in Hamburg: J. Ulrich und J. Schaeffer.

Beitung.

Paris, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der Legislativen sprach Jules Favre die Hoffnung aus, daß Frankreich nicht darauf bestehen werde, Almonte und die Reklamation Facke's zu unterstützen; der einzige einzuschlagende Weg sei mit Mexiko zu unterhandeln und sich zurückzuziehen; Vorwärtsgehen würde ein trauriges Unternehmen sein! Villault gab hierauf ein historisches Resümé der betreffenden Verhandlungen und Dokumente und sagte, England und Frankreich seien nicht gegen den von den Mexikanern freiwillig erwählten Erzherzog von Österreich. Der Minister giebt hierauf Erläuterungen über die Facker'sche Angelegenheit, ist der Ansicht, daß Präsident Lincoln den Corwynschen Vertrag nicht billigen, daß England ihn verwerfen werde, und giebt ein Resümé der nach Mexiko gefandnen neuen Instructionen. Er will nicht, daß die Regeneration Mexiko's vom französischen Lager ausgehe, sondern vom Lande selbst, welches über die Form der Regierung, die es wünsche, befragt werden solle. Der Kaiser habe dem General Lorence geschrieben: „Es ist gegen Meine Meinung und Meine Grundsätze, Mexiko eine Regierung aufzudrängen. Möge die mexikanische Nation sich eine Regierungsform nach ihrem Willen wählen. Wir fordern nur Sicherheit in den gegenseitigen Beziehungen. Wir wünschen das Glück der Mexikaner unter einer dauerhaften und regelmäßigen Regierung.“ Der Minister verwarf demnächst mit Energie die Idee, Mexiko zu verlassen und sagte: „Wir wollen Geldbeschädigung, militärische Genugthuung für die Ehre der Soldaten und diplomatische für die Würde Frankreichs. Das Banner Frankreichs wird niemals aufhören, ein Banner der Civilisation und der Freiheit zu sein.“

Turin, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer trug Crispini einen anderen Fall vor, in welchem ein venetianischer Emigrirter den Befehl erhalten habe, sich zum Abgänge nach Sassari bereit zu halten. Crispini forderte Erklärung darüber. Ratazzi hielt das der Regierung dem Gesetz gemäß zustehende Recht aufrecht, den Aufenthalt der Emigranten, die vom Staate unterhalten werden, zu bestimmen. Allievi schlug, in Beiracht, daß dem Bureau ein Gesetzenwurf bezüglich der Auswanderung vorliege, vor, die Sache in einer Bräundiciale.

Petersburg, 27. Juni. Das Salzmonopol ist durch kaiserliches Decree aufgehoben worden. Die dem Staate gehörigen Salzwerke sollen verkauft oder verpachtet werden. Die Salzsteuer ist vorläufig auf 30 Kopeken per蒲d festgesetzt. Auch die Abänderung der Gesetze für die Salzeinfuhr ist anbefohlen.

Belgrad, 27. Juni. Die fürstliche Regierung leistete heute dem österreichischen Beweiser des Generalconsulats für ihm zugefügte persönliche Beleidigungen angemessene Genugthuung.

Landtags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Juni. Am Ministerische die Herren Minister v. d. Heydt, v. Holzbrink und mehrere Regierungscommissare.

Zur Tagesordnung steht zunächst die schon mitgetheilte Interpellation der Abgg. Andrés und Hölzer betreffs der Eifelbahn. Herr André begründet seine Interpellation, ob und wann die Regierung beabsichtige, eine Eisenbahn von Köln nach Trier durch die Eifel herzustellen. Der Handelsminister beantwortet dieselbe dahin, daß die Staatsregierung von der Wichtigkeit des Projectes durchdrungen sei, und daran festhalte. Bisher sei aber eine Concession nicht nachgesucht.

Weiter Gegeustand der Tagesordnung ist der Bericht der Commission über den Vertrag der Regierung mit Japan.

Abg. Birchow: Bei unseren Handelsverträgen begeben wir uns in Bezug auf die Jurisdicition auf ein ganz neues Gebiet, namentlich je mehr die Beziehungen zum Orient ausgedehnt würden. Unsere gesetzlichen Bestimmungen über diesen Punkt stützen sich auf das Consularreglement vom 18. Septbr. 1796. Demnach könne die Jurisdicition der Consuln, die sonst vom allgemeinen Völkerrecht bestimmt werde, durch Commerz-Verträge erweitert werden. Bei der ottomanischen Pforte sei sie ein ziemlich weitreichende. Gerade bei diesem Punkte sei ein wesentlicher Unterschied zwischen dem holländischen und dem deutschen Text; der erstere spreche von einer „gerichtlichen Entscheidung bei Geldstrafen u. s. w.“ der letztere nur von „Entscheidung“. Auch hierin müsse das verfassungsmäßige Recht preußischer Staatsbürger im Auslande gewahrt werden. Wenn irgend möglich, müsse ihm ein Richter Recht sprechen. Der Reg.-Commissar habe auch hervorgehoben, daß man die Consuln gerade deshalb lieber aus den Beamten wähle, als aus dem Kaufmannsstande. Nun habe man aber nach Japan einen Offizier gefunden! Er könne nicht entscheiden, ob der mehr vom Recht wisse, als ein Kaufmann.

Der Reg.-Commissar für das Ministerium des Auswärtigen: Eine allgemeine gesetzliche Bestimmung fehle allerdings; in der Türkei aber habe sich die bisherige Einrichtung praktisch bewährt. Man werde Erfahrungen sammeln müssen, auch in Japan, China, Siam, bevor man eine anderweitige gesetzliche Regelung vornehme. Wenn diese sich als notwendig erweise, werde man mit derselben gewiß vorgehen.

Abg. Schmidt (Meldorf): Geschäftsbeziehungen mit dem Orient seien gewöhnlich von jungen Kaufleuten angeknüpft worden, z. B. von Hamburg aus. Jetzt wollten nun vom Rhein und der Ostsee auch junge Preußen nach dem Orient gehen; denen traten aber die Militärverhältnisse entgegen. Auswandern könne man doch deshalb nicht gleich; es sei im

Gegenteil wünschenswerth, daß solche junge Leute zum Vaterlande im alten Verhältnisse blieben. Er wolle deshalb die Aufmerksamkeit darauf lenken, ob es nicht gut sein würde, den jungen Leuten einen Aufschub bis zum 23., 24. Jahre, oder, wenn sie gedient hätten, Begünstigungen in Bezug auf ihre Konsulatspflicht zu gewähren, sobald diese jungen Leute durch Consularratstest nachweisen könnten, daß sie sich im Orient aufgehalten. Sonst würden wenige unserer jungen Kaufleute die dargebotene Gelegenheit benutzen.

Finanzminister v. d. Heydt: Der betreffende Gegenstand sei bereits früher zwischen ihm und dem Kriegsminister erörtert worden. Man wolle auch gern jede mögliche Erleichterung eintragen lassen. Aber er gebe zu bedenken, daß Vorstift nothwendig sei, da das Reisen oft zum Vorwand genommen werde, um sich der Militärpflicht zu entziehen.

Der Regierungs-Commissar für das Handelsministerium: Die Regierung habe gesagt, sie wolle zu Consuln Beamte wählen, damit seien aber nicht immer Richter gemeint. Der Consul in Japan sei allerdings Offizier. Man habe ihn aber gewählt, weil die Kaufleute in Japan verachtet seien und nicht genug Autorität besäßen.

Abg. Harkort: Eine Menge Klagen wegen Uebelständen beim Consular-Wesen, die fortwährend einfließen, werde ihn veranlassen, in der nächsten Session einen Antrag auf Bildung einer Commission zur gründlichen Untersuchung des Consular-Wesens vorzulegen.

Abg. Birchow (zur persönlichen Bemerkung): Er freue sich, daß der andere Regierungs-Commissar zugestanden habe, daß auch die Offiziere zum Beamtenstand gehörten (Heiterkeit). — Der Vertrag wird einstimmig angenommen; desgleichen der Antrag der Commission auf Zustimmung zu dem mit Chili geschlossenen Handels- und Schiffsahrtsvertrage.

Man geht zur Beratung des Gesetzes wegen der Stempelmarken, welches die Commission, wie schon mitgetheilt, mit einigen Abänderungen, deren wichtigste die Beschränkung der Gültigkeit des Gesetzes auf 5 Jahre ist, zur Annahme empfohlen hat. § 1 (Ermächtigung des Finanz-Ministers zur Anfertigung von Stempelmarken) angenommen. Zu § 2 (Ermächtigung des Ministers über Verträge) ist § 2 entgegengestellt, nimmt das des Finanz-Ministers, die im Stempelgesetz vom Jahre 1822 enthaltenen Fristen beliebig zu ändern, auch die damit verknüpften Strafen aufzuheben und zu ändern. Es könne aber nicht die Absicht des Hauses sein, dem Finanz-Minister diese Ermächtigung zu gewähren, und er glaube, daß dagegen Vorsorge getroffen werden müsse. (Ein Amendment findet gegenwärtige Unterstützung.)

Abg. Behrend: Er und ein Theil seiner politischen Freunde haben bereits gegen § 1 gestimmt und würden auch gegen § 2 stimmen. Sie sähen in der umfassenden Ermächtigung des Finanzministers ein Aufgeben der legislativen Thätigkeit, ein Blanquet, das sie dem Finanzminister nicht geben könnten. Sie würden indeß sehr bedauern, wenn dadurch die Regierung veranlaßt werden sollte, dem Publikum die Erleichterung des Verkehrs durch Stempelmarken nicht zuzuwenden.

Regierungs-Commissar: Das Amendent Bering habe eine sehr geringe Tragweite; die Regierung halte indes mit Rücksicht auf § 20 des Stempelgesetzes die Worte „in welcher Zeit“, welche das Amendent gestrichen haben will, für wünschenswerth; indes würde sie gegen eine bloße Bezugnahme auf § 20 nichts einzuwenden haben. Die Verwaltung sei übrigens vollständig gebunden.

Abg. v. Patow: Die geäußerten Bedenken seien vom Standpunkt der Doctrin allerdings richtig; doch sollte man nicht die Bedürfnisse des praktischen Lebens der Doctrin opfern. Von praktischen Standpunkten seien die Bedenken nicht durchgreifend. Der Regierung könne an dem Gesetz nichts gelegen sein; sie seje sich im Interesse des Publikums sogar einer Gefahr aus. Vergrößere man dieselbe, so seje man sie in die Lage, dem Gesetz ihre Zustimmung zu verweigern. Es handele sich hier um Modalitäten, unter denen das Gesetz ausgeführt werden soll. Würde jetzt der Ausdruck „zu welcher Zeit“ gestrichen, so verbleibe es bei denjenigen strengen Bestimmungen, die dem Publikum noch weniger günstig seien. — Der Finanzminister hält vom praktischen Standpunkt aus die erhobenen Bedenken für unbegründet. Das Gesetz solle nur den kaufmännischen Wechselverkehr erleichtern. Er sehe keinen Grund zu der Befürchtung, daß dem Finanzminister zu große Willkür eingeräumt sei. Die Regierung überlässe die Verantwortung für das etwaige Nichtzustandekommen des Gesetzes denen, die dagegen stimmen würden. — Abg. Behrend stellt in der Voraussicht, daß das Gesetz trotz seines Widerspruches doch angenommen werde, um es wenigstens „schmackhafter“ zu machen, ein Amendent, welches die dem Finanzminister einzuräumende Ermächtigung ausdrücklich an die Norm des Stempelgesetzes von 1822 binden will. — Abg. Dr. Faucher will nur constatiren, daß nicht alle Mitglieder der linken Seite des Hauses besondere Bedenken gegen den § 2 hätten. Die Vorlage ändere nichts an den bestehenden Gesetzen, und gesieLEN daher die Verordnungen des Ministers nicht, so stände nichts im Wege, sich der bisherigen Stempelbogen zu bedienen. Der Finanzminister müsse erst Erfahrungen über die Art der Verwendung von Stempelmarken sammeln. Indes wünsche er, daß die Versuchsperiode nicht ewig währe und später ein Gesetzeswurf, auf die gemachten Erfahrungen gestützt, die sejigen reglementarischen Bestimmungen codificiere. Er stimme daher für den Busaz, den die Commission zu § 5 gemacht, und möchte sogar die Zeit der Geltung lieber auf 2, als auf 5 Jahre beschränkt sehen. — Der Finanzminister

erklärt Namens der Regierung, daß dieselbe dem Vorschlag der Commission in § 5 entschieden widerspreche und bei Annahme dieses Paragraphen zur Sanctionierung des Gesetzes nicht werde ratzen können. In der Verpflichtung zur Stempelung werde durch das vorliegende Gesetz nichts geändert. Die Regierung werde später gern einwilligen, zum Gesetz zu erheben, was durch die Erfahrung als zweckmäßig sich herausstelle.

Der Referent bemerkt, daß das Amendeument Behrend das Gesetz ungenießbar mache und empfiehlt unveränderte Annahme der Regierungs-Vorlage. Bei der Abstimmung werden die Amendements Bering und Behrend abgelehnt, § 52 in der Fassung der Regierungsvorlage mit großer Majorität angenommen.

§ 3 bestimmt: „Stempelmarken, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise, oder nicht rechtzeitig (§ 2) verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen“. Abg. Tweten bemerkt, daß die strafrechtliche Befugniß des Finanzministers das Publikum leicht induciren könne, und daraus ergäben sich die Bedenken gegen das Reglementieren. Der S wird genehmigt.

Zu § 4 hat die Commission eine formale Abänderung vorgeschlagen. Alinea 1 bedroht die Anfertigung unächter Stempelmarken mit der Strafe des § 253 des Straf-Gesetz-Buchs, Alinea 2 die wissenschaftliche Verwendung der schon einmal verwendeten Stempelmarken mit einer Geldbuße von 10 bis 200 Thlr. und Alinea 3 die Veräußerung der schon einmal verwendeten Stempelmarken mit Geldbuße bis zu 20 Thlr.

Der Finanzminister erachtet den Commissions-Vorschlag für eine Verbesserung und stimmt demselben zu. Der Referent beantragt auch beim dritten Alinea das Wort „wissenschaftlich“ einzuführen. — Der Regierungs-Commissar erklärt sich gegen diese Einschaltung, da es sehr schwer sein würde, die „wissenschaftliche Veräußerung“ nachzuweisen; es sei ganz etwas anderes bei dem „Gebrauche“, da müsse die Absicht nachgewiesen werden. — Abg. Tweten: Das Wort „wissenschaftlich“ soll hier nur andeuten, daß der Betreffende bereits Kenntnis von der schon einmal erfolgten Verwendung der Stempelmarken gehabt habe und dies sei nothwendig anzusprechen. Habe jemand von der schon erfolgten Verwendung keine Kenntnis, sei der Cassationsvermerk vollständig verloßt, so kann er auch unmöglich für die nochmalige Verwendung bestraft werden.

Abg. Dr. John (Fabian) erachtet die Einschaltung nicht für erforderlich. Bestehe sich der Veräußerer in einem factischen Irrthum, so könne er nach dem allgemeinen Grundsatz des § 44 des Straf-Gesetz-Buchs nicht bestraft werden, denn dieser allgemeine Grundsatz finde auf die Specialgesetze Anwendung.

Abg. Faucher: Er sei bei dieser Discussion ganz kopfschau geworden; wenn nun jemand eine Stempelmarken-Sammlung anlege und dazu gebrauchte Stempelmarken ankaufe, so könne er dafür gestraft werden (Heiterkeit). Der ganze S sei sehr vorzichtig und müsse ganz gestrichen werden.

Abg. Fliegel: für Streichung des Alinea 3, da der Verkauf der verbrauchten Stempelmarken einen Betrug in sich schließe, der schon nach dem Strafgesetz geahndet werden könne.

Regierungs-Commissar: die Fassung des Alinea 3 sei im Justizministerium geprüft und müsse die Regierung tes „wissenschaftlich“ im Alinea 3 angenommen. § 5 beauftragt den Finanzminister mit der Ausführung des Gesetzes. Die Commission hat hinzugefügt: „Die Dauer dieses Gesetzes wird auf fünf Jahre bestimmt.“ Abg. Reichenasperger (Bockum) gegen diesen Zusatz.

Der Finanzminister erklärt nochmals, daß die Regierung es bedauern würde, das Gesetz nicht publiciren zu können, wenn der Antrag der Commission angenommen würde; er bitte daher, denselben abzulehnen und empfiehle lieber, sich jederzeit das Recht zur Anregung einer Änderung offen zu halten. — Abg. v. Kirchmann: Ein Theil der Fraction, zu der er gehöre, stimme für das Gesetz, des nothwendigen Bedürfnisses wegen und der Erfahrungen wegen, die auf diesem Gebiete erst gemacht werden müßten. Indes würde dies doch nur mit Festhaltung einer bestimmten Frist möglich sein, da die im § 2 enthaltene Aufsicht eines wichtigen constitutionellen Rechts nicht auf ewige Zeit erfolgen dürfte. — Abg. v. Patow gegen den Vorschlag der Commission: Die Commission erreiche mit demselben nicht, was beabsichtigt sei. Es stehe ja jederzeit dem Hause frei, zu verlangen, daß die jetzt in reglementarischem Wege zu erlassenden Bestimmungen in Gesetzesform gebracht würden. Es handle sich nicht um ein Finanzgesetz, sondern nur um Erleichterungen, die bei der Ausführung des Gesetzes dem Publikum gewährt werden sollen, und er bitte daher den Commissions-Antrag zu verwerfen.

Abg. Dr. Waldeck für den Commissions-Antrag. Die Initiative der Abgeordneten zu einer späteren Änderung würde nichts nützen, weil die Regierung auf die ihr in dem Gesetzentwurfe eingeräumte Befugniß nicht verzichten würde. Das Gesetz sei in der That weiter nichts, als ein Blanquet für den Finanzminister, der darnach alle möglichen Änderungen beliebig treffen, die verschiedenartigsten Rescripte erlassen und wieder aufheben könnte, wodurch das Publikum nur in die größte Unsicherheit versetzt werden würde. Deshalb sei das Verlangen doch wenigstens gerechtfertigt, daß dem Experimentiren wenigstens eine Grenze gesetzt und dem Wechsel von Ministerial-Rescripten ein Ende in Aussicht gestellt werde.

Der Finanzminister: Die Befugniß der Regierung werde als eine viel zu weit gehende bezeichnet; ähnlich wie bei den Postmarken gehe sie nur dahin, dem Publikum eine Erleichterung zu gewähren. Er bitte lieber das Gesetz zu verwerfen, als die Frist zu genehmigen.

Der Antrag der Commission wird nach Ablehnung des 2. Alinea, welcher die Fristbestimmung umfaßt, angenommen. (Für das 2. Alinea nur ein Theil der Fortschrittspartei.) Das Gesetz wird darauf im Gange angenommen. —

Es folgt die Berathung des Berichts der Budgetcommission, betr. die allgemeine Rechnung über den Staatshaushaltsetat des Jahres 1859. Ref. ist der Abg. Birchow. Ueber den Bericht, der mit dem Antrage schließt, die Regierung zur Beirührung der Bemerkungen der Oberrechnungskammer aufzufordern und einzuweilen die Beschlusshaltung auszufüßen, ist schon ausführliche Mittheilung gemacht.

Vor Eröffnung der Discussion ergreift das Wort der Finanzminister v. d. Heydt: Ich glaube schon beim Beginn der Discussion bemerken zu sollen, daß die Regierung im Allgemeinen an der Auffassung festhalten muß, welche der Regierungs-Commissar in der Commission näher dargelegt hat. So lange das im Artikel 104 der Verfassung vorbehaltene Gesetz über die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-

rechnungskammer nicht zu Stande gekommen ist, fehlt es der Oberrechnungskammer für andere Bemerkungen, als die ertheilten Bescheinigungen über die Übereinstimmung der allgemeinen Rechnung mit den Specialrechnungen, an jeder Grundlage. Aus der im Artikel 104 enthaltenen allgemeinen Vorschrift, die erst im Wege der Gelehrte zur Ausführung kommen soll, könnte eine Verpflichtung der Oberrechnungskammer, zur Aufstellung solcher dem Landtage vorzulegenden Bemerkungen zur Zeit nicht hergeleitet werden. Deshalb hat denn auch die Oberrechnungskammer, in Übereinstimmung mit dieser Auffassung, ausdrücklich erklärt, daß sie zur Aufstellung solcher Bemerkungen so lange, als das Gesetz nicht erlassen sei, jedes Fundaments entbehre, und daß sie die Aufstellung deshalb nicht übernehmen könne. Hierach sieht sich die Staatsregierung völlig außer Stande, die von der Commission gewünschten Bemerkungen zu beschaffen. Indessen wird die Staatsregierung diejenigen Informationen bereitwillig geben, welche die beiden Häuser des Landtags zu einer eingehenden Prüfung des Staatshaushalts für wünschenswerth erachten, und zwar namentlich in so weit, als sie durch Kenntnisnahme von den Wahrnehmungen der Oberrechnungskammer über die in der Verwaltung vorgekommenen Mängel zu bewirken sind. Das Staatsministerium hat daher keinen Anstand gefunden, bei des Königs Majestät den Antrag zu stellen, schon jetzt die Oberrechnungskammer zur Aufstellung der Erinnerungen über die allgemeine Rechnung des Etats zu beauftragen, und zwar vom Jahre 1859 ab und im Anschluß der gegen das Verfahren der Verwaltungsbehörde gezogenen Erinnerungen. Des Königs Majestät haben diesem Antrage des Staatsministeriums zu willfahrt geruht. Auf diesem Wege glaubt die Staatsregierung, so lange das Gesetz nicht zu Stande gekommen ist, für die im Art. 104 der Verfassung vorgesehenen Bemerkungen einen Erfolg zu gewähren, durch welchen im Interesse einer genügenden Kontrolle den Anforderungen vollständig Genüge geleistet werden wird. Dabei kann die Staatsregierung es nicht verhehlen, daß die Oberrechnungskammer, wenn sie diese Bemerkungen auch nachträglich aufzustellen soll — Rechnungen in einer Zahl von ungefähr 4000 jährlich — eine sehr schwierige Aufgabe überkommen wird. In wie fern und in welcher Frist es der Oberrechnungskammer möglich werden wird, nachträglich über diese bereits revidirten Rechnungen Bemerkungen aufzustellen, ist nicht zu übersehen. Für die Rechnungen von 1861 und weiter wird die Ausführung der Allerhöchsten Bestimmung voraussichtlich keine Schwierigkeiten finden. Im Uebrigen wird die Staatsregierung seiner Zeit die zu erwartenden Bemerkungen dem Hause vorlegen. Wenn nun das Haus bis dahin sich wegen der fehlenden Bemerkungen nicht gehindert gefühlt hat, die Prüfung der Rechnungen vorzunehmen und die Decharge zu ertheilen, so fragt es sich, ob dasselbe nun, nachdem die Staatsregierung in solcher Weise ihr Entgegenkommen bestätigt hat, die Prüfung und Decharge noch beanspruchen will. Die Staatsregierung kann die Entschließung darüber in aller Ruhe dem pflichtmäßigen Ermessen des Hauses überlassen.

Abg. v. Bünke und Abg. v. Hennig (Straßburg) beantragen bei der Wichtigkeit der ministeriellen Erklärung den Bericht zur erneuten Prüfung auf Grund dieser Erklärung an die Commission zurückzuweisen. — Das Haus Der fünfte Gegenstand der T. O. ist der Antrag des Abg. Rohden wegen Erlaß eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 9 der Verfassung. Das Haus nimmt den Antrag ohne Diskussion an.

Der letzte Gegenstand der T. O. ist der Bericht der Unterrichtscommission über die Petitionen wegen Einführung der Stenographie als eines facultativen Unterrichtsgegenstandes in den höheren öffentlichen Schulanstalten. — Die Commission empfiehlt Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Abg. Schulze (Borken) kann die Stenographie für kein Bildungsmittel des Geistes halten. Schon jetzt sei sehr viel Berüppelung der Kräfte der Jugend auf den Real- und Elementarschulen. Müßlich sei die Stenographie gewiß; für den Zweck der Unterrichtsanstalten aber, namentlich für die Jugend, sei sie nicht geeignet, da sie weder Geist noch Herz bilde. Eben so wenig sei sie nötig bei den höheren Examens pro facultate docendi; da sei eine Prüfung in der Kalligraphie weit nothwendiger (Heiterkeit). Die Stenographie bilde auch in so fern nicht den Geist, als der stenographisch Nachschreibende wohl nie den Sinn einer Rede verstehen werde.

Abg. Schmidt (Randow): Jetzt fehle es noch an Lehrern, deshalb sei es wichtig, daß bei dem Examen pro facultate docendi nachgefragt würde, ob die Examinianden Kenntnis von der Stenographie hätten. — Abg. Reichenasperger (Bockum): Hoffentlich werde der Streit der stenographischen Systeme nicht bis ins Haus dringen, für das Gabelsberger'sche System werde er sich übrigens hier nicht erklären, da dasselbe ja in Österreich eingeführt sei (Heiterkeit). Es gebe schon zu viel Unterrichtsgegenstände; deshalb verschwinde die Individualität und Originalität immer mehr. Wenn man also noch etwas hinzufügen wolle, so möge man eine Sprache, die englische, oder wenn den Herren das besser gefalle, die italienische (Heiterkeit) einführen. Die Stenographie sei doch immer nur eine Fertigkeit. Uebrigens werde die Lust zum Reden immer mehr durch das Stenographieren zunehmen (Heiterkeit), er merke das an sich selber (steigende Heiterkeit). Und nicht einmal eine nothwendige Fertigkeit sei die Stenographie, was das Schreiben doch ohne Zweifel sei.

Abg. Techow: Praktische Bedenken sprächen gegen die sofortige Einführung der Stenographie; die Schüler würden zu viel Gebrauch in den Lehrstunden davon machen, mehr nachschreiben als geistig zu erfassen suchen. Facultative Einführung bedinge, daß Lehrer angenommen werden müßten, denn die müßten doch da sein, wenn den Schülern überhaupt die Erlernung der Stenographie freigestellt würde; an mehreren Anstalten habe man sich von der Unzweckmäßigkeit überzeugt; die Sache sei im Reifen; man müsse die Resultate abwartern, und dann beim Erlaß eines Unterrichtsgesetzes darauf zurückkommen.

Abg. Harkort: Das Unterrichtsgesetz stehe ad calendas graecas, darauf könne man nicht warten; das Bedürfnis sei in allen Ständen vorhanden, dafür bürgten die Petitionen. Der Commissions-Antrag wird angenommen.

Abg. Andrs beauptet aus räumlichen Gründen die neue Tribüne, die doch nicht benötigt werde, wegzuschaffen.

Präsident pflichtet bei. Die Tribüne soll fortgeräumt werden.

Schluss der Sitzung. Nächste Sitzung Dienstag.

Deutschland.

○ Berlin, 27. Juni. Der lange vorausgesetzte Schlag der Reaction, mit welchem sie das letzte Mitglied der liberalen Partei aus der Umgebung des Königs entfernte, ist endlich geschehen, Herr v. Winter ist in Gnaden entlassen. Wir haben erst kürzlich Gelegenheit genommen, über seine Differenzen mit dem Ministerium, sowie über die sorgsame Art, mit welcher er sich des Schutzes der Vereine besonnen hat, zu berichten, so daß wir das heut füglich übergeben können, die nächsten Tage werden uns zeigen, wie sehr sich Anwendung der Gesetze von Anwendung der Gesetze unterscheidet. Der Nachfolger des Herrn v. Winter ist der Herr v. Bernuth, bis jetzt Landrat des Liegnitzer Kreises. Wie uns versichert wird, hat er dem Kreise durch Anlegen neuer Straßen und sorgfältige Erhaltung der alten wesentlich genügt, aber gleichzeitig wird auch versichert, daß er der ultraconservativen Partei angehöre. Ob die Regierung durch solche Maßnahmen an Anhängern gewinnt, wird sich bald zeigen. — Man ist gewohnt, anzunehmen, daß die feudale Kammer-Correspondenz aus hohen Kreisen gut unterrichtet wird, und legt deshalb ihren Mittheilungen gewöhnlich einiges Gewicht bei. So hat man jetzt mit Staaten die Notiz in derselben gelesen, daß nach dem Bundesbeschuß vom 30. October 1854 bei Streitigkeiten zwischen der Regierung und der Landesvertretung wegen der Verwendung von Mehrausgaben ein Bundesbeschluß entscheiden müsse, und zwar ist diese Notiz in Verbindung gebracht mit der Frage wegen des Militairbudgets. Wir müssen zu Ehren unseres Ministeriums und derer, welche auf diesen Posten speculiren, annehmen, daß diese Idee rein in dem Gehirn des Redacteurs entsprungen ist, denn einen dahinzielenden Plan kann ein preußisches Ministerium nicht haben. — Nun noch eine Begebenheit, die, insofern sie die Person Ihres Correspondenten einen eigentlich eine persönliche ist. Heute Abend wollte ich Ihnen, wie gewöhnlich, eine Depesche schicken und brachte sie, da das Wetter sehr unzuverlässig war, nach der nächsten Stadtpost-Expedition, welche seit einiger Zeit verpflichtet sind, telegraphische Depeschen zur Förderung anzunehmen. Dieselbe wurde mir zurückgegeben, weil keine politischen Depeschen angenommen werden dürfen. In dem seit dieser Zeit veröffentlichten Reglement ein solches Verbot nicht stand, und auch außerdem dieselbe Expedition gestern von mir eine politische Depesche annahm, so muß diese Verordnung, von welcher man übrigens auf dem Centraltelegraphenbureau nichts weiß, ganz neu sein.

+ Berlin, 27. Juni. Der Bericht der Petitionscommission des Abgeordnetenhauses enthält auch die Beschwerde über das Wahlmanifest des Regierungs-Vizepräsidenten v. Brittwitz in Breslau. Der sehr eingehende Bericht zieht das ganze Material der schlesischen Wahlerlaß (der Breslauer Regierung, der Landräthe in Neisse, Hoyerswerda, Bolkenshain, Landeshut und Hirschberg) heran und entnimmt daraus in gründlicher Motivirung den Beweis, daß und in wie hohem Maße diese Wahlerlaß die Wahlfreiheit verletzt haben. Ueber die Stellung, welche das Ministerium bei den Verhandlungen dieser Sache im Hause und in der Commission eingenommen hat, bemerkt der Bericht: „Schon bei Gelegenheit der Adressverhandlungen, in der betr. Commission sowohl als im Hause selbst, ist der Minister des Innern über seine Kenntnis von den Wahlerlaß der Provinzialbehörden aufgeklärt.“ Der Bericht des Ministers des Innern „konnte (jetzt in der Petitions-Commission) über den Umfang der Kenntnis des Ministerii betreffs seiner provinziellen und landrätlichen Erschaffungen, insbesondere betreffs der vorstehend vorgeführten, wegen Mangel an Information keine Auskunft geben. Es ist aber von der äußersten Wichtigkeit, zu constatiren, ob denn wirklich die Provinzial- und Localverwaltungs-Behörden in einer für die kgl. Staatsregierung nicht minder wie für das Volk und seine Vertretung so importanten Angelegenheit, wie es die regierungsmäßige Beeinflussung des Volks und der Beamten bezüglich der Wahlerlaß ist, mit dem Ministerialchef der inneren Landesverwaltung weder unmittelbar noch mittelbar in Verbindung gestanden, resp. stehen? ob jene Behörden dem Herrn Minister des Innern über ihre Wahlebeeinflussungen wirklich nicht berichtet haben? — oder ob alle diese amtlichen Wahlerlaß der Provinzial- und Localbehörden zwar zu den Ministerialen, nicht aber zur Kenntnis des Herrn Ministers gelangt sind? ob endlich der Herr Minister nicht wenigstens aus den öffentlichen Blättern von allen jenen so außergewöhnlichen Operationen seiner untergeordneten Behörden und Beamten und von dem Ausdruck der öffentlichen Meinung darüber noch während der Wahl-Agitationen Kenntnis erhalten und davon Aufschluß genommen, ähnlich von der Richtigkeit dieser öffentlichen Mittheilungen sich zu unterrichten und den Ueberschreitungen entgegen zu treten. Der Vertreter des Ministers des Innern konnte auf alle diese Fragen keine Auskunft geben. — Die Commission schließt mit dem einstimmigen Urtheile: „unter Ueberweisung der Petition der Mitglieder des Dorfgerichts zu Dörrgoy an die Königl. Staatsregierung, 1) zu erläutern, daß in dem Erschaff des Regierungs-Vizepräsidenten v. Brittwitz zu Breslau vom 26. März 1862 eine widerrechtliche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der Petenten enthalten ist, 2) die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dasjenige zu thun, was erforderlich ist, damit in Zukunft Seiten der Regierungs-Organen Verlegungen der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit vermieden werden“. — Weiteres aus diesem Petitionsberichte später.

* Der Staatsanzeiger teilt heute die Entlassung des Herrn v. Winter mit, sowie die Ernennung des Landrats des Liegnitzer Kreises von Bernuth zum interimistischen Nachfolger (I. unsere gestrige Depesche).

— Ueber die Thätigkeit des Herrn von Winter sagt die „Nat.-Btg.“: Herr von Winter hat das schwierige Amt, mit dem er unter den heillosten Verhältnissen betraut wurde, mit einer Pflichttreue geführt, an welcher selbst das schärfste Auge der Gegner niemals einen Schatten hat entdecken können. Er hat die untergrabene Autorität nicht bloß äußerlich hergestellt, sondern ihr den moralischen Boden zurückgegeben, den sie seit der Verwaltung des Herrn v. Hinschelde verloren hatte. Niemand kann die Thatjache bestreiten, daß kein Berliner Polizeipräsident sich je einer gleichen Achtung und Anerkennung bei allen Volksklassen erfreut hat. Die so seltene Po-

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 29. Juni cr., Vormittags 10 Uhr. Gottesdienst im Saale des Gewerbehaußes. Aufnahme der Confirmanden in die Gemeinde. Predigt und Abendmahlsefer: Herr Prediger Kötner. Festzeder am Eingange.

Die Verlobung unserer Tochter Sophie mit Herrn Damann aus Czarnoczenofen zeigen wir hierdurch ergebenst an.
Danzig, den 28. Juni 1862.
[4891] Namelow und Frau.

Danziger

Privat-Actien-Bank.

Von Montag den 30. Juni ab befindet sich das Comptoir der Bank in dem Hause Langgasse 33.

Die Direction.

Schottler. Rasche. [4830]

Bei uns traf wieder ein:

Eisenbahn-, Post- u. Dampfschiff-Coursbuch. No. 3. 1862.

Bearbeitet nach den Materialien des Kgl. Post-Cours-Buchs in Berlin.

Mit 3 Karten. 8°. geb. 12½ Sgr. [4895]

Léon Saunier,

Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur
Danzig, Stettin u. Elbing.

**Die Hämorrhoiden oder
der Hämorrhoidalprozeß**
auf dem Mastdarme, der Schleimhaut, der Blase, der weiblichen Genitalien, der Nase und der Schleimhaut der Lunge nebst ihren Symptomen, als: Magendrüsen, Sodbrennen, Hämorrhoidalstoff, Leber- und Milz-Anschwellung, Appetitlosigkeit, unregelmäßiger Stuhlgang, Kreuzdolzen, Ziehen in den Lenden, Kolikdolzen, Schwindel, Angst, Unruhren, Auschlag, Salzfluss, Hypochondrie, überreicher Füllschweiß &c. deren Ausgang in volle Genesung; naturgemäß vorgezeichnet von Alexander Wolf, Dr. phil. und Apotheker 1. Klasse. 3. Aufl. brosch. 6 Kr. — Vorläufig bei F. A. Weber, Langgasse 78.

Bädeker's Reisehandbücher
find in den neuesten Auslagen bei uns
[4894] eingetroffen.

Léon Saunier,

Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur,

Danzig, Stettin u. Elbing.

So eben erschien:
Esaias Tegner's
Ausgewählte Werke.

Aus dem Schwedischen von

Edmund Lobedanz.

19 Bogen 8°. mit dem Portrait Tegner's. gebester 1 Thlr.

Inhalt: Esaias Tegner's Biographie. — Die Trubjossage. — Axel. — Die Nachtmahlstider. — Kleinere Gedichte.

Léon Saunier,
Buchhandlung f. deutsche u. ausländ. Literatur in
Danzig, Stettin u. Elbing. [4896]

Dampfer-Verbindung.

zwischen

Amsterdam—Danzig.

A. I. Dampfer „Anna Paulowna“, Capt. H. Haack, geht Anfangs Juli auf hier ab und lädt sofort auf Amsterdam.

Dieses mit höchstem comfortablen Cajütten eingerichtete Boot bietet Reisenden nach Copenhagen die beste Gelegenheit.

Wegen Fracht &c. bereitwilligst Auskunft bei

J. H. Rehtz & Co.,

Agenten der Königl. Ned. Stoomboot

[4892] Maatschappij.

Dresdener Feuerversicherungs-Gesellschaft.
Wir zeigen hiermit ergebenst an, daß wir Herrn Gustav Thurau in Ohra bei Danzig zum Agenten unserer Gesellschaft ernannt haben. Berlin, am 20. Juni 1862.

Die Sub-Direction

Dr. G. A. Schellenberg.

Mit Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung empfiehlt sich der Unterzeichnete zur Entgegnahme von Versicherungs-Anträgen auf Mobilien, lebendes und todes Inventar, Erntefrüchte und Waaren aller Art, auf Immobilien, so weit gesetzlich gestattet, so wie zur bereitwilligen Ertheilung jeder gewünschten Auskunft ergebenst.

Die Prämien sind entsprechend billig und fest, so daß Nachzahlungen nicht stattfinden. Ohra, den 27. Juni 1862.

[4887] **Gustav Thurau.**

Ca. 30 Schachtrüthen Fundament-Steine sind zu verkaufen. Nähres Gerbergasse 6. [4898]

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nach den bis jetzt eingegangenen Abrechnungen der Agenturen sind im Jahre 1862 bereits

- 1) 1295 Einlagen zur Jahresgesellschaft 1862 mit einem Einlage-Kapital von 24,292 Kr. gemacht, und
- 2) an Nachtragszahlungen für alle Jahresgesellschaften 50,460 Kr. 25 Igr. 6 Kr. eingegangen.

Nachtragszahlungen für die vom Jahre 1851 gebildeten Jahresgesellschaften und neue Einlagen werden nur noch bis zum letzten Juni cr. ohne Aufgeld angenommen, von welcher Zeit ab:

- a) vom 1. Juli bis 31. October ein Aufgeld von 6 Kr. per Kr.
- b) vom 1. November bis 31. December ein Aufgeld von 1 Igr. per Kr.

eintritt. Nachtragszahlungen der Mitglieder älterer Jahresgesellschaften werden noch bis zum 3. September cr. ohne Aufgeld angenommen.

Die Statuten und der Prospect unserer Anstalt, sowie der Rechenhaftsbericht pro 1861 können sowohl bei unserer Hauptkasse Mohrenstraße Nr. 59 als bei unseren sämtlichen Agenturen unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Berlin, 25. Juni 1862. [4877]

Direction der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Einlagen und Nachtragszahlungen nimmt entgegen und ertheilt bereitwilligst Auskunft

Danzig, den 27. Juni 1862. Der Haupt-Agent

M. A. Massé.

Die Musikalien-Leih-Anstalt

von

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathause, empfiehlt sich zu zahlreichen Abonnements unter den bekannten Bedingungen, die die günstigsten von den hierorts eingeführten sind.

Die Musikalienhandlung ist au's Vollständige auffort und wird durch die neuesten Erscheinungen stets ergänzt. Alle, von andern Handlungen annoncierten Novitäten sind vorhanden oder werden bereitwillig sofort beschafft. [4892]

Asphaltröhren
zu Gas- u. Wasserleitungen
in Dimensionen von 1½ bis 12 Zoll lichter Weite, welche sich durch große Leichtigkeit, Stärke und Unoxydierbarkeit vor allen sonstigen Röhren aus anderem Material dargestellt, vortheilhaft auszeichnen, empfiehlt zu billigen Preisen die Asphaltröhren-Fabrik von

E. A. Lindenbergs

Auch übernimmt sie auf Verlangen das Verlegen dieser Röhren.

Prospekt über die Verwendung, Beschaffenheit und Prüfungen der Röhren auf Druck, Dichtigkeit und Unzerbrechlichkeit werden gratis verabfolgt im

[4848] Comptoir, Jopengasse No. 66.

Vorzügliche Matjes-Heringe empfiehlt

A. H. Hoffmann,

Langenmarkt 47.

Sechswochentlicher Riesenpörgel, der nicht überwintert, zu haben Hundegasse 20, im Comptoir. [4900]

Frisch gebrannter Kalf ist stets zu haben in der Kalfbrennerei zu Neufahrwasser und Gerbergasse No. 6 bei

[4897] W. Wirthschaft.

Französische Mühlsteine nur erster Qualität,

für deren bekannte Güte und vorzügliche Mahlfähigkeit garantiert wird, empfiehlt nebst deutschen Mühlsteinen, Kalksteinen, engl. Gußstab-piden und seidener Beutelgaze der Fabrikant französischer Mühlsteine

[4874] Fr. Wm. Schulze in Berlin,
Schönhauser Allee No. 3.

Gesangbücher, Partenbriefe, Tauf- und Hochzeits-Einladungen, Geburtstagswünsche und -Geschenke empfiehlt in grösster Auswahl

[2222] J. V. Preuß, Portekaisengasse 3.

Mottenspiritus à fl. 2½ Igr. 5 Kr. u. 7½ Kr.

empfiehlt unter Garantie der Wirkung die Drogenhandlung von A. Schröter,

[4730] Danzig, Langenmarkt 18.

Himbeersaft, à Cr. 19 Kr.; Citronen-

Limonade-Essenz à Cr. 22 Kr.; Anan-

as-Saft à Pf. 7 Kr., empfiehlt

die Drogenhandlung von A. Schröter,

[4730] Danzig, Langenmarkt 18.

Recht französische Glacé, wild- und waschlederne Tricot- und Filet-Handschuhe, so wie Hofenträger, Schlippe und Cravatten empfiehlt

[4871] N. Goldschmidt,

Langenmarkt 7.

Ein elegant. Polisander-Pianino,

neu, mit vorzügl. gutem Ton, ist zu verkaufen

Hundegasse No. 104, 2 Tr. [4893]

Concerto, à Cr. 19 Kr.; Citronen-

Limonade-Essenz à Cr. 22 Kr.; Anan-

as-Saft à Pf. 7 Kr., empfiehlt

die Drogenhandlung von A. Schröter,

[4730] Danzig, Langenmarkt 18.

Königl. Preuss. Lotterie-

Loose, ganze, halbe und viertel, sind billigst zu haben bei

[3166] A. Cartell'eri in Stettin.

Capital-Anlage auf Güter.

Der Unterzeichnete ist mit der Anlage

bedeutender Capitalien auf Güter beauftragt.

Die Capitalien, welche von eisem Institute,

deren Agent Unterzeichnete ist, gegeben

werden, werden nie gefündigt, unterliegen

vielmehr einer Amortisation, je nach Ver-

hältniß à des Alters der Darlehnsnehmer und

die der Darleistung zum Grunde liegenden

Bedingungen si d der günstigsten Art. An-

träge unter spezieller Darlegung der Be-

hältnisse resp. UeberSendung der Taxe, Be-

zugsdokumente und neuestem Hypothekenchein

bitte zu senden an Gustav Schwerin,

Tempelhofer Str. 46 in Berlin, Commissionnaire unverbindlich.

[4511]

Matten, Mäuse, Wanzen u.

Franzosen, Motte u. vertige mit sichtlichem Erfolge und 2jähriger Garantie;

auch empfehle meine Präparate zur Vertil-

gung des Ungeziefers.

[2566]

N.B. Auch wird dafelbst eine gute Drehbank gekauft.

[4878]

Wilh. Dreyling,

Kgl. app. Kammerjäger, Altes No. 6, 1 Treppe.

Ein Gasthaus in einer Mittelstadt u. ein deßgleichen in einer Kreisstadt an der Chaussee von Dirschau nach Berlin belegen, sind sofort aus freier Hand zu verkaufen oder zu vermieten. Reisefahrer wollen sich wegen des Näheren an die Expedition d. Ztg. unter No. 4-38, werden.

Kapitalien hat in größeren Posten zu b. geben. T. Tesmer, Langgasse 29.

Eulers Leihbibliothek, Langgasse 40, empfiehlt sich einem geehrten Publikum mit den neuesten Werken zum geeigneten Abonnement. [4677]

Eine geräumige Wohnung nebst Zubehör ist zum October in meinem Hause, Altstädtischen Graben am Holzmarkt, zu vermieten. [4853]

Der Obstgarten in Straschin soll schleunigst verpachtet werden. Näheres bei dem Guts-Inspector daselbst. [426]

Ratten, Mäuse, Schwaben, Wanzen, Motte, Fließe vertilgt gründlich bei zweijähriger Garantie. Auch empfiehlt seine Präparate zur Vertiligung des Ungeziefers. [3396]

B. Wissenski, Kgl. priv. Kammerjäger 3, Damm 13, parterre.

Agenturen-Gesuch.

Ein junger Mann, der längere Zeit in einem Geschäft servirte, und wechselfe gute Referenzen zur Seite stehet, will September dieses Jahres am hiesigen Platz ein Agentur-, Expeditions- und Commissions-Geschäft etablieren; es ist ihm daran gelegen, zu den bereits an der Hand habenden Agenturen für Ost- und Westpreußen, noch einige reelle dergleichen zu übernehmen. Sollen auswärtige Häuser für courante Artikel ihre Agenturen Aussteller dieses übergeben wollen, so belieben dieselben gefällige Offeren unter Litt. Z. S. 4813 an die Expedition dieses Blattes einzulenden.

Commissions-Geschäft und Güter-Agentur